

Antragsteller: Jannis Schatte

Entkriminalisierung illegaler Drogen

Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesrat

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen weiteren Antrag beim Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Legalisierung von Cannabis einzureichen. Gleichzeitig soll sich der Schleswig-holsteinische Landtag dafür einsetzen, dass man Drogensucht nicht mehr als Straftat, sondern als Krankheit behandelt.

Das sieht folgende Maßnahmen vor:

- Das Einrichten sogenannter Drogenkonsumräume.
- Keine Strafmaßnahmen gegen Drogenkonsumenten, sondern Verweis an eine Hilfsstelle.
- Die Aushebelung des Cannabisschwarzmarktes durch den Staat als Dealer.
- Cannabisausgabe in speziellen Shops oder Apotheken für Personen ab 21 Jahren.
- Das THC muss zurückgezüchtet und der CBD-Anteil hochgezüchtet werden.

Begründung:

Wir führen unsere Drogenpolitik auf der Grundlage des „Einheitsabkommens über die Betäubungsmittel“, welches 1964 in Kraft getreten ist. Diese Politik ist nicht mehr zeitgemäß. Der „War on Drugs“ ist gescheitert.

Drogensucht heilt man nicht, indem man die Abhängigen in die kriminelle Ecke stellt. Man muss aktiv für sie arbeiten.

Wenn man diese Konsumräume nach Schweizer Vorbild einführt, werden die Todesfälle durch Überdosierung zurückgehen, da sie unter Aufsicht konsumieren. Den Abhängigen wird der Zugang zu sterilen Spritzen gegeben. HIV-Infektionen oder sonstige Krankheiten durch verunreinigte Spritzen werden also zurückgehen.

Außerdem werden Abhängige nicht mehr als Kriminelle isoliert und von der Gesellschaft verachtet. Die Drogenkonsumräume werden ihnen helfen, wieder auf die Beine zu kommen, so dass sie wieder ein Leben neben der Sucht führen können.

Die Legalisierung von Cannabis ist nach wie vor ein Thema. Es ist für Minderjährige schwieriger an Cannabis zu kommen, wenn der Verkauf staatlich reguliert ist. Ein Mindestalter von 21 ist hier anzusetzen, da zu diesem Zeitpunkt das Gehirn normalerweise nicht mehr maßgeblich in der Ausbildung durch Cannabis gestört werden kann.

Die Strafverfolgung könnte entlastet werden und durch Steuereinnahmen könnten bei einer bundesweiten Legalisierung 2,36 Milliarden € eingenommen werden.

Der Konsument würde sich nicht mehr mit unreinem Stoff schaden können. So wird Cannabis zur Streckung Blei oder Haarspray beigefügt. Auch könnte durch die staatliche Kontrollen das Cannabis so gezüchtet werden, dass der schädliche Stoff THC und der heilende Stoff CBD auf einem akzeptablen Wert liegen.